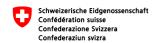
1



Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV)

Änderung vom ...

Der Schweizerische Bundesrat verordnet:

I

Die Verordnung vom 2. September 2009¹ über den Kataster der öffentlichrechtlichen Eigentumsbeschränkungen wird wie folgt geändert:

Art. 2 Hauptfunktion, Zusatzinformationen und Zusatzfunktionen

- ¹ Der Kataster enthält zuverlässige Informationen über die von Bund und Kantonen bezeichneten rechtskräftigen öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und macht diese Informationen zugänglich (Art. 3).
- ² Er kann Zusatzinformationen enthalten (Art. 8b).
- ³ Er kann von den Kantonen als amtliches Publikationsorgan im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen verwendet werden.

Gliederungstitel vor Art. 3

2. Abschnitt: Inhalt, Massgeblichkeit und Informationstiefe

Art. 3 Bst. e Aufgehoben

Art. 3a Massgeblichkeit

Widersprechen sich der Inhalt des Katasters und die rechtskräftigen Beschlüsse über die öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung, so gehen die letzteren vor.

1 SR 510.622.4

Art 7 Abs 1

¹ Die Daten werden nach Eintritt der Rechtskraft in den Kataster aufgenommen.

Gliederungstitel vor Art. 8a

3a. Abschnitt: Hinweis auf das Grundbuch, Zusatzinformationen

Art. 8a Hinweis auf das Grundbuch

Der Kataster weist in genereller Weise auf Eigentumsbeschränkungen hin, die im Grundbuch angemerkt sind.

Art. 8h Zusatzinformationen

- ¹ Zusätzlich zu den Inhalten des Katasters können im Kataster dargestellt werden:
 - Informationen über geplante oder laufende Änderungen öffentlichrechtlicher Eigentumsbeschränkungen;
 - weitere Geobasisdaten des Bundesrechts nach Anhang 1 GeoIV oder Geobah. sisdaten des kantonalen Rechts als unverbindliche Information:
 - Hinweise, die dem Verständnis der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen dienen.
- ² Die für den Kataster verantwortliche Stelle muss Zusatzinformationen über die rechtlichen Vorwirkungen von laufenden Änderungen öffentlich-rechtlicher Eigentumsbeschränkungen darstellen, die ihr von der zuständigen Fachstelle des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Die Artikel 5-8 sind sinngemäss anwendbar.
- ³ Das Bundesamt für Landestopografie kann Mindestvorschriften über die Zusatzinformationen erlassen.
- ⁴ Die Artikel 17 und 18 GeoIG sind auf die Zusatzinformationen nicht anwendbar.

Art. 9 Abs. 2

² Die Stelle nach Artikel 8 Absatz 1 GeoIG stellt die betreffenden Geobasisdaten zusätzlich in einem Download-Dienst zur Verfügung.

Art. 10 Auszug

- ¹ Der Auszug besteht aus einer digitalen oder analogen Darstellung der Inhalte und Zusatzinformationen des Katasters über ein Grundstück, soweit es flächenmässig ausgeschieden werden kann, mit Ausnahme der Miteigentumsanteile.
- ² Er enthält mindestens:
 - die Geobasisdaten nach Artikel 3 Buchstaben a und b;
 - die genaue Bezeichnung der Rechtsvorschriften im Sinne von Artikel 3 b. Buchstabe c;
 - die Hinweise auf die gesetzlichen Grundlagen nach Artikel 3 Buchstabe d;

- allfällige Informationen über geplante oder laufende Änderungen öffentlichrechtlicher Eigentumsbeschränkungen.
- ³ Die Daten über öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen werden der Informationsebene Liegenschaften der amtlichen Vermessung überlagert.
- ⁴ Der Auszug informiert darüber, welche Inhalte des Katasters dargestellt und welche Inhalte weggelassen werden.
- ⁵ Das Bundesamt für Landestopografie erlässt Weisungen über die Erstellung und Darstellung von Auszügen.

Art. 11 und 12 Aufgehoben

5. und 6. Abschnitt (Art. 14–16) Aufgehoben

Art. 20 Abs. 1 Bst. b und Abs. 3 Einleitungssatz

- ¹ Von den Bundesbeiträgen werden im Rahmen der bewilligten Kredite:
 - mindestens 90 Prozent als Globalbeiträge an die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten der Kantone ausgerichtet.
- ³ Die Mittel für die Globalbeiträge an die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten der Kantone werden so bemessen, dass sie durchschnittlich rund die Hälfte der geschätzten Betriebs- und Weiterentwicklungskosten der Kantone decken. Sie werden wie folgt auf die einzelnen Kantone aufgeteilt:

Art. 26–30 Aufgehoben

Art. 31 Begleitgremium

- ¹ Zur Koordination der Einführung und der Weiterentwicklung des Katasters sowie zur Überwachung und Begleitung der Evaluation nach Artikel 43 GeoIG setzt das Bundesamt für Landestopografie ein Begleitgremium ein.
- ² Das Begleitgremium setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Fachkonferenzen, der zuständigen Fachstellen des Bundes, der Gemeinden sowie des Koordinationsorgans nach Artikel 48 GeoIV².
- ³ Es berät das Bundesamt für Landestopografie während der Einführung und der Weiterentwicklung bis vier Betriebsjahre nach Abschluss der Evaluation.
- ⁴ Das Bundesamt für Landestopografie legt die Aufgaben und die Organisation des Begleitgremiums im Einzelnen fest.
- 2 SR 510.620

Frist für die Evaluation Art. 32

Die Frist für die Evaluation nach Artikel 43 Absatz 1 GeoIG endet am 31. Dezember 2021.

II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates ...

> Der Bundespräsident: Alain Berset Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr